

••• S.3 **Editorial**: Optimale Allianz: Chemie und Klimaschutz ••• S.4 **VCI-Einkaufskooperationen**: Geschäftsrisiken günstig absichern ••• S.5 **Chemiekonjunktur**: Kunden im Ausland bestellen mehr Chemikalien ••• S.6 **Forschungsausgaben**: Branche hat hohes Niveau gehalten ••• S.7 **REACH-Verordnung**: Neue Kandidaten für die Zulassung ••• S.8 **EU-Richtlinie über Industrie-Emissionen**: Umweltbelastung verringern und vermeiden ••• S.10 **Studie**: Weniger Bürokratie ist machbar und spart Geld

INDUSTRIE ENTWICKELT LÖSUNGEN, UM TREIBHAUSGASE ZU VERMINDERN

Viele Chemieprodukte helfen beim Klimaschutz

Über ihre gesamte Lebenszeit gerechnet sparen viele Chemieprodukte mehr als doppelt so viele Treibhausgas-Emissionen ein, wie ihre Produktion verursacht. Dies hat eine global angelegte Untersuchung nachgewiesen.

Die chemische Industrie spielt mit ihren Produkten eine wesentliche Rolle beim Klimaschutz. Das ist das Ergebnis einer weltweit angelegten Studie des Weltchemieverbandes ICCA, die der VCI Ende August in Frankfurt am Main vorstellte: „Chemieprodukte helfen enorm beim Klimaschutz. Sie vermeiden viel mehr Treibhausgase, als ihre Produktion verursacht. Das können wir als erste Branche auch wissenschaftlich belegen“, sagte VCI-Hauptgeschäftsführer Dr. Utz Tillmann bei einem Pressegespräch Ende August in Frankfurt.

Der Weltchemieverband hatte die Studie „Innovationen zur Senkung der Treibhausgase“ in Auftrag gegeben, um den Einfluss der chemischen Industrie auf den weltweiten Ausstoß von Treibhausgasen zu untersuchen. Die Studie entstand unter Mitwirkung der Unternehmensberatung McKinsey, basiert auf einem Rechenmodell der BASF SE und wurde methodisch vom Öko-Institut in Freiburg überprüft. Für über hundert repräsentativ ausgewählte Chemieprodukte errechnete die Studie, wie viele Treibhausgas-Emissionen jedes Produkt in seinen Anwendungen über die ganze Lebenszeit einspart. Dieser Wert wurde anschließend mit den Emissionen verglichen, die in der Produktion von der Rohstoffversorgung bis zur Entsorgung anfallen. Produkte wie Dämmstoffe, Dünge- und Pflanzenschutzmittel, Energiesparlampen und Kunststoff-Verpackungen tragen dazu bei, dass die Bilanz positiv ausfällt. „Selbst bei vorsichtiger Rechnung sparen Chemieprodukte heute insgesamt mehr als doppelt so viele Treibhausgas-Emissionen ein, wie sie verursa- ▶



Chemische Materialien zur Wärmedämmung beim Hausbau oder der energetischen Altbausanierung führen die Rangliste der Chemiebeiträge mit dem größten Netto-Effekt für den Klimaschutz an.



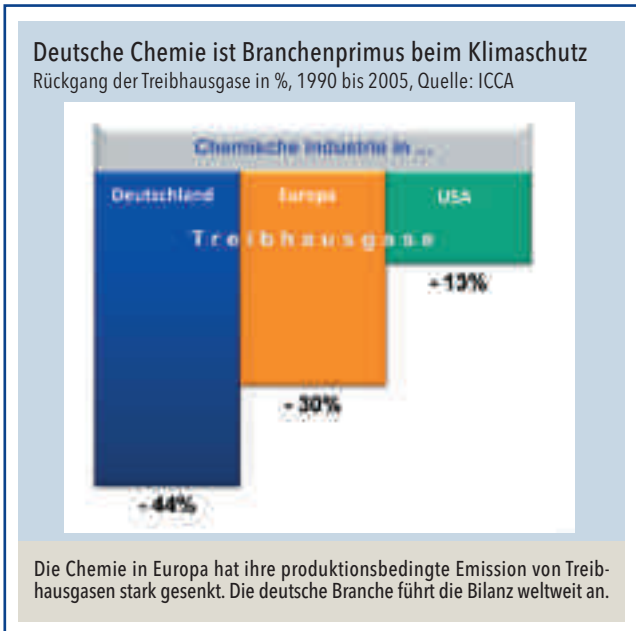
Weltweit werden heute pro Jahr gut 2,8 Milliarden Energiesparlampen produziert. Während ihrer Lebensdauer sparen sie rund 37 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente an Treibhausgasen ein. Ohne den Beitrag der Chemie gäbe es keine Kompaktleuchtstofflampen.

chen. Ohne die Chemie wären die weltweiten Emissionen 2005 um zehn Prozent höher gewesen“, erklärte Tillmann. In absoluten Zahlen heißt das: Im Jahr 2005 verursachte die Chemieproduktion weltweit Treibhausgas-Emissionen in Höhe von etwa 3,3 Milliarden Tonnen. Mit der Verwendung der 100 untersuchten Produkte konnte man dagegen 8,5 Milliarden Tonnen einsparen, wodurch 5,2 Milliarden Tonnen Treibhausgas-Emissionen gar nicht erst entstanden. Bei modernen Dämm-Materialien zur Wärmeisolierung von Gebäuden ist das Einsparpotenzial besonders eindrucksvoll: Mit ihnen lassen sich 233-mal mehr Treibhausgas-Emissionen einsparen, als während ihrer Produktion erzeugt werden.

RAHMENBEDINGUNGEN ENTSCHEIDEN ÜBER EINSPAREFFEKT

Bis zum Jahr 2030 wird der Einspareffekt von Chemieprodukten laut Studie weiter wachsen. Wie stark, hängt von den Rahmenbedingungen ab. Entscheidend ist auch, wo künftig produziert wird und wie Energieeffizienz weltweit noch gesteigert wird. Tillmann sagte: „Die deutsche Chemie-Industrie ist Vorreiter im Klimaschutz. Sie arbeitet hocheffizient und entwickelt schon die klimaschonenden Technologien der nächsten Generation.“ Damit die Branche wettbewerbsfähig bleiben könne, müsse die Bundesregierung auf der kommenden Klimakonferenz in Kopenhagen auf ein globales Klimaabkommen mit gleichen Bedingungen für alle drängen. „Wenn wegen des ungleichen Wettbewerbs Produktion in Europa verloren geht, gefährdet das nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch das Klima“, betonte der VCI-Hauptgeschäftsführer. So werde China beispielsweise für den gleichen Produktwert im Jahr 2030, so die Studie, fast dreimal mehr Treibhausgase ausstoßen als Westeuropa; die USA kommen im Vergleich zur EU auf über 70 Prozent mehr. Dass die europäische Chemie im Klimaschutz einen nachhaltigen Weg eingeschlagen hat, zeigt auch die bisherige Bilanz: Von 1990 bis 2005 verringerte sie ihre Treibhausgas-Emissionen um 30 Prozent, obwohl sie in diesem Zeitraum ihre Produktion um 60 Prozent steigerte. Die deutsche Chemie kam im gleichen Zeitraum sogar auf einen Rückgang von über 44 Prozent – eine Leistung, die weltweit keine andere Region erreicht hat. Tillmann verwies darauf, dass die EU für Industrieunternehmen die weltweit strengsten Auflagen für den Ausstoß von Treibhausgasen eingeführt habe. Durch den EU-Emissionshandel werde die Industrie im globalen Wettbewerb einseitig belastet. Da deutsche Forscher bereits an klimaschonenden Produkten der nächsten Generation arbeiteten, müsse die praktische Innovationskraft unterstützt werden, forderte Tillmann weiter. Deshalb dürfe die Bundesregierung keine neue Belastungen etwa in Form einer CO₂-Steuer einführen. Gefragt sei vielmehr eine zusätzliche Forschungsförderung für Unternehmen.

Sebastian Kreth/ Monika von Zedlitz



Neuer Ausschuss: Energie, Klimaschutz und Rohstoffe

Ende Juni hat sich der neue Ausschuss Energie, Klimaschutz und Rohstoffe (AEK) im VCI konstituiert. Der Verband hat damit einen Beschluss des VCI-Präsidiums vom März dieses Jahres umgesetzt, der die große Bedeutung dieser Politikfelder für die Branche unterstreicht. Das neue Mastergremium für alle Fragen zur Energie-, Klimaschutz- und Rohstoffpolitik ersetzt die gleichnamige Fachvereinigung, die bisher dieses Themengebiet bearbeitet hat. Als Vorsitzenden bestimmte der Ausschuss Dr. Tony Van Osselaer, Mitglied des Vorstandes der Bayer MaterialScience AG.



Dr. Tony Van Osselaer

Schwerpunkte der Arbeit des AEK bei der Klimapolitik betreffen die Richtlinie zur Umsetzung des EU-Emissionshandels für die Zeit nach 2012 und vor allem die Begleitung der Diskussion um ein Kyoto-Nachfolgeabkommen. In der Energiepolitik stehen Themen wie Energie-/CO₂-Steuer, Umsetzung der Richtlinie zu erneuerbaren Energien, Behandlung von Objekt- und Energiemanagementsystemen im Vordergrund. Im Aufgabengebiet Rohstoffe werden Strategien zur künftigen Versorgung der Chemie und die Rolle nachwachsender Rohstoffe analysiert und bewertet.

EDITORIAL

Optimale Allianz: Klimaschutz und Chemie

Chemie wirkt im Hintergrund. Nur in wenigen Fällen kann die Öffentlichkeit auf Anhieb erkennen, wie chemische Produkte unseren Alltag bereichern und sicherer machen. Der Beitrag unserer Branche zum spritsparenden Auto, zum neuesten Mobiltelefon oder zum leichteren Sportschuh bleibt für den Verbraucher fast immer verborgen. Das gilt insbesondere für unsere Beiträge zum Klimaschutz.

Als energieintensive Branche wird die chemische Industrie von der Politik – vor allem in Brüssel – in erster Linie als Teil des Problems betrachtet. Das Gegenteil ist der Fall: Chemie und Klimaschutz bilden eine optimale Allianz, wenn es um die Vermeidung von Treibhausgasen geht. Das belegt jetzt eine globale Studie des Weltchemieverbandes ICCA.

Das zentrale Ergebnis aus der Untersuchung von rund hundert typischen Produkten aus allen Bereichen der chemischen Industrie macht uns stolz und hilft uns in der politischen Diskussion: Wir können jetzt belegen, dass der Einsatz von Chemieprodukten im Alltag mehr als doppelt so viel Emissionen einspart, wie ihre Produktion verursacht. Unabhängige Experten haben den methodischen Ansatz der Studie bestätigt. In der Klimadiskussion sollten wir das nutzen, um selbstbewusster aufzutreten. Das Motto lautet: In puncto Klimaschutz ist die Chemie häufig konkurrenzlos und liefert gegenüber anderen technischen Optionen die bessere, weil günstigere Lösung.

Nachhaltigkeit ist für die chemische Industrie in Europa im Übrigen auch in Bezug auf die Produktionsprozesse schon lange viel mehr als nur ein Modewort. Ihre Energieeffizienz ist vorbildhaft: Seit 1990 wurden die Treibhausgasemissionen absolut um 30 Prozent gesenkt, bei gleichzeitiger Produktionssteigerung um 60 Prozent. Schon aus wirtschaftlichem Eigeninteresse forschen wir intensiv an Innovationen zur weiteren Verbesserung dieser Emissionsbilanz.

Der Beitrag der Chemie zum Klimaschutz fällt daher am größten aus, wenn die Herstellung ihrer Produkte am Standort Europa bleibt und nicht aus Kostengründen an Regionen mit niedrigeren Umweltstandards verloren geht. Um Letzteres zu vermeiden, bedarf es gleicher Wettbewerbsbedingungen auf den Weltmärkten für die industrielle Produktion. In diesem Sinne muss sich die Bundesregierung bei der anstehenden Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen dafür einsetzen, dass die EU nicht wieder – wie beim Emissionshandel – mit Initiativen vorprescht, die auf die EU beschränkt sind.



Professor Dr. Ulrich Lehner
Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI)

Informationsveranstaltung des VCI zur Novelle der Verpackungsverordnung

Mit der 5. Novelle der Verpackungsverordnung haben sich wesentliche Änderungen bei den Pflichten für die Rücknahme von Verpackungen ergeben. Sie sind zu Beginn des Jahres in Kraft getreten und müssen auch in Industrie oder Gewerbe umgesetzt werden. Am **9. November 2009** findet beim VCI in Frankfurt zu grundsätzlichen Fragen der Verpackungsverordnung und zu speziellen Lösungen eine Informationsveranstaltung für

Mitglieder statt. Die jährliche Erstellung der Vollständigkeitserklärung, die zum 1. Mai 2009 erstmalig abgegeben werden musste, stellt einen Schwerpunkt der gültigen Verordnung dar. Auf der Veranstaltung soll ein Austausch darüber stattfinden, welche Erfahrungen in Industrie, Handel und den Industrie- und Handelskammern gemacht wurden. Weiterhin soll darüber berichtet werden, welche Lösungen sich bei der Abgren-

zung zwischen privaten und nicht privaten Endverbraucher anbieten und wie sich zum Beispiel Transportverpackungen von Verkaufsverpackungen unterscheiden.

Für die Veranstaltung sind noch einige Plätze frei. Die Teilnahme ist für Mitgliedsunternehmen des VCI kostenfrei.

Kontakt: Die Anmeldeunterlagen und die Tagesordnung zur Veranstaltung können Sie über schmidt@vci.de anfordern.

EINKAUFSKOOPERATIONEN ZU WARENKREDIT- UND TRANSPORTVERSICHERUNG

Geschäftsrisiken günstig absichern

Zahlungsverzögerungen und Unternehmensinsolvenzen nehmen in der Wirtschaftskrise zu. Das Risiko von Forderungsverlusten für Lieferanten steigt. Eine Warenkreditversicherung zur Absicherung von Außenständen ist ein bewährtes Mittel, solche Risiken zu minimieren. Der VCI ermöglicht im Rahmen seiner Einkaufskooperationen Mitgliedsunternehmen den Abschluss von Verträgen mit attraktiven Sonderkonditionen.

Gruppe Deutschland hat der VCI einen leistungsstarken Partner gefunden, der zu den führenden Versicherungsgesellschaften im deutschen Markt zählt. Zurich bietet den Mitgliedsunternehmen des VCI Sonderkonditionen, unter anderem Prämiennachlässe inklusive eines transparenten Prämienberechnungsmodells, individuelle Prämienrückvergütungen oder Gewinnbeteiligungen, vergünstigte Kreditprüfungs- und Inkassogebühren sowie ein Inkassopartner-Wahlrecht.

Bei vielen Unternehmen stehen regelmäßig im Frühherbst die betrieblichen Versicherungen auf dem Prüfstand. Vor diesem Hintergrund weist der VCI darauf hin, dass er sein Angebot für Einkaufskooperationen zu Beginn des Jahres 2010 um ein weiteres Element ergänzt: die Transportversicherung. Partner des VCI bei diesem Angebot ist ein führendes internationales Assekuranzunternehmen. Informationen zu diesem neuen Angebot können vorab über die Key Account Managerin des VCI (Frau Sabine Knirsch, Telefon: 069 2556-1653 oder E-Mail: knirsch@vci.de) eingeholt werden.

WEITERE KOOPERATIONEN

Weitere Kooperationsvereinbarungen bestehen zu Geschäftsreisen, Paket- und Expressdiensten, Entsorgungsdienstleistungen sowie Speditions-Dienstleistungen. Durch die Bündelung der Nachfragemenge und den Abschluss von Rahmenverträgen mit einzelnen Kooperationspartnern können Kostenvorteile beim Einkauf realisiert werden, die einzelne Firmen in der Regel nicht erhalten. Die Teilnahme an den VCI-Einkaufskooperationen ist freiwillig und kostenfrei. VCI-Mitglieder sind weder an bestimmte Abnahmemengen noch an Mindestumsätze gebunden.

Weitere Informationen im VCI-Extranet unter www.einkauf.vci.de. Der Zugang kann formlos unter www.vci.de/Mitgliederbereich angefordert werden.



Eine Warenkreditversicherung schützt vor größeren Verlusten bei zahlungsunfähigen Kunden.

Auch bei den Abnehmern der chemischen Industrie sind längere Zahlungsziele ein gängiges Mittel, zusätzliche Liquidität zu schaffen. Rechnungen werden erst Wochen oder Monate nach der Lieferung beglichen. Mit einer Warenkreditversicherung können sich Lieferanten vor einem Forderungsausfall aus der Zahlungsunfähigkeit oder Nichtzahlung des Kunden schützen. Vornehmlich bei den mittelständisch geprägten VCI-Mitgliedern

stößt eine Warenkreditversicherung (WKV) nicht zuletzt aus diesem Grund auf besonderes Interesse. Die Möglichkeit, eine Warenkreditversicherung günstig abschließen zu können, bietet der VCI Mitgliedsunternehmen und Fachverbänden im Rahmen seiner Einkaufskooperationen als attraktives Service-Angebot.

Der VCI hat sich aus guten Gründen für eine Kooperation mit der Zurich Versicherung AG (Deutschland) entschieden: Mit der Zurich

Zoll-Probleme bei der Einfuhr von Waren nach Russland

Da Mitgliedsfirmen des VCI seit geraumer Zeit erhebliche Probleme mit dem russischen Zoll bei der Einfuhr ihrer Waren haben, veranstaltet der VCI am **Dienstag, dem 6. Oktober 2009**, ein Seminar zu diesem Themenbereich. Das internationale Anwaltsbüro Mannheimer Swartling aus St. Petersburg wird die Teilnehmer über den aktuellen Stand im russischen Zollrecht informieren. Die Teilnahme an dieser Info-Veranstaltung wird mit einem Zertifikat bestätigt. Die Kosten für das Seminar betragen 99 Euro pro Teilnehmer.

Weitere Informationen zum Inhalt des Seminars erhalten Sie von Frau Claudia Kurz (Telefon: 069 2556-1447; E-Mail: kurz@vci.de). Über organisatorische Details gibt Frau Martina Schulz (E-Mail: schulz@vci.de, Telefon: 069 2556-1547) Auskunft. Sie nimmt auch Ihre Anmeldungen für das Seminar gerne entgegen.

CHEMIEKONJUNKTUR IM ZWEITEN QUARTAL 2009

Kunden im Ausland bestellen mehr Chemikalien

Schlaglichter: Chemiemärkte erholen sich langsam von der Weltwirtschaftskrise ●●● Belebung der Produktion setzt auf niedrigem Niveau ein ●●● Chemikalienpreise beenden Talfahrt ●●● Auslandsgeschäft beschert leichtes Umsatzplus ●●● Beschäftigung leicht rückläufig ●●● Schwierige Geschäftslage in allen Chemiesparten ●●●

Die chemische Industrie ist nach neun Monaten Talfahrt im zweiten Quartal 2009 wieder gewachsen. Vor allem die Kunden im Ausland bestellten mehr Chemieprodukte. Umsatz und Produktion konnten dadurch gegenüber dem – extrem schwachen – Vorquartal zulegen. Die Belebung der Exportnachfrage setzte allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau ein: Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum war die Produktion chemischer Erzeugnisse rund 16 Prozent geringer. Die Auslastung der Anlagen lag zudem weit unter dem Normalbetrieb. VCI-Präsident Professor Dr. Ulrich Lehner kommentierte die Entwicklung: „Das Schlimmste haben wir in der Chemie offensichtlich hinter uns gebracht. In einigen Sparten sehen wir eine Erholung. Der Lagerabbau bei den meisten unserer Industriekunden scheint abgeschlossen. Nun müssen neue Wachstumschancen gesichert werden.“

Die Mitgliedsunternehmen des VCI rechnen zwar überwiegend mit einer weiteren Belebung der Chemiekonjunktur im zweiten

Halbjahr, aber die Lage bleibt schwierig: Es wird noch einige Zeit dauern, bis die Branche an das Vorkrisenniveau anknüpfen kann. Im Gesamtjahr 2009 dürfte der Rückgang der Produktion gegenüber dem Vorjahr 10 Prozent betragen. Der Branchenumsatz wird voraussichtlich um 12 Prozent sinken.

PRODUKTION LEGT WIEDER ZU

Im Vergleich zum Vorquartal stieg die Produktion chemischer Erzeugnisse im zweiten Quartal 2009 um 2,5 Prozent. Davon profitierten die Hersteller von chemischen Grundstoffen und Spezialchemikalien. Dagegen verzeichneten konsumnahe und zuletzt auch pharmazeutische Produkte einen Rückgang. Die Kapazitätsauslastung der Anlagen stieg von rund 72 auf 74,4 Prozent. Sie lag damit aber immer noch rund 10 Prozentpunkte unter dem Niveau, das als normal in der Branche gilt.

Erzeugerpreise: Chemische Erzeugnisse waren im zweiten Quartal im Durchschnitt nochmals 0,9 Prozent billiger als im Vorquartal. Die

steile Abwärtsbewegung der Preise ist allerdings beendet. Im Mai und Juni stiegen die Chemikalienpreise bereits wieder leicht an.

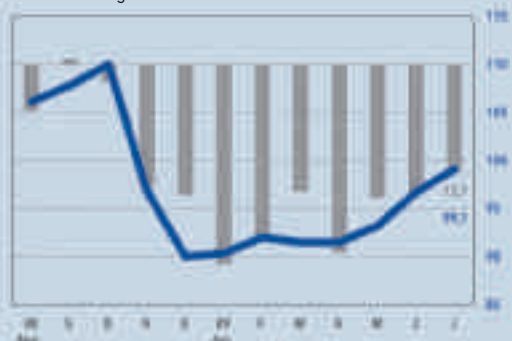
Umsatz: Von April bis Juni wuchs der Branchenumsatz gegenüber dem Vorquartal um 1,3 Prozent auf 34,3 Milliarden Euro. Die positiven Impulse für das Chemiegeschäft kamen vor allem von den Auslandsmärkten mit einem Anstieg um 5,1 Prozent auf insgesamt 20,2 Milliarden Euro. Vor allem die Ausfuhr nach Asien, Südamerika und Osteuropa zogen wieder an. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung lag das Geschäft mit Kunden im Ausland immer noch 17,7 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Im Inland hingegen ging der Umsatz aufgrund der schwachen Nachfrage industrieller Kunden um 2,7 Prozent zurück. Auch der Rückgang des inländischen Chemieverbrauchs hielt weiter an.

Beschäftigung: Die Chemie beschäftigte im zweiten Quartal 2009 rund 436.800 Mitarbeiter. Das waren im Vergleich zum Vorjahr 1,1 Prozent weniger. *Manfred Ritz*

Entwicklung der Chemieproduktion

12-Monats-Fenster, Veränderung gg. Vorjahr in %; Index 2005=100

■ Veränderungsrate — Produktionsindex



Nachfrage läuft wieder an: Der Aufwärtstrend in der Produktion hat sich in den letzten Monaten verfestigt. Er hat inzwischen alle Sparten erfasst.

Produktion ausgewählter Chemiesparten

Quellen: Statistisches Bundesamt, Chemdata

Sparten	Anteil am gesamten Produktionsindex (%)	Jan.-Jul. 2009 Produktionsindex	Jan.-Jul. 2009 Veränderung Vorjahr (%)
Pharmazeutika	29,8	119,5	- 1,3
Polymere	24,0	76,5	- 28,6
Fein- und Spezialchemikalien	19,9	88,6	- 20,9
Petrochemikalien und Derivate	12,8	87,1	- 19,0
Wasch- und Körperpflegemittel	7,2	96,8	- 11,5
Anorganische Grundchemikalien	6,3	77,2	- 27,7
Chemische Industrie	100,0	94,6	- 15,8
Chemische Industrie ohne Pharma		84,0	- 22,8

Produktionsindex, saisonbereinigt, Basisjahr 2005 = 100

CHEMIE IST UNVERZICHTBARER ECKPFEILER IM DEUTSCHEN INNOVATIONSSYSTEM Hohes Niveau bei den Forschungsausgaben

Auf neue Produkte und Verfahren setzt die chemische Industrie in Deutschland, um sich Wettbewerbsvorteile für den nächsten Aufschwung zu verschaffen. Sie wird die Erfolgsfaktoren Innovation und Partnerschaft ausbauen und sich so in der Krise eine gute Startposition sichern. 2008 hat die Branche ihre Forschungsausgaben um vier Prozent erhöht.

Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) der deutschen chemischen Industrie sind im Jahr 2008 gestiegen und lagen mit 8,4 Milliarden Euro nach wie vor auf einem hohen Niveau. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Plus von rund 4 Prozent. Mit Blick auf die Finanzkrise sagte Dr. Andreas Kreimeyer, Vorsitzender des VCI-Ausschusses Forschung, Wissenschaft und Bildung, Mitte August vor der Presse in Frankfurt: „Die deutsche Chemie-Industrie will auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten an ihren hohen Forschungsausgaben festhalten.“

Die Chemie ist ein unverzichtbarer Eckpfeiler im deutschen Innovationssystem. Das machen die aktuellen Forschungskennzahlen der Branche deutlich. 60 Prozent der gesamten FuE-Aufwendungen der deutschen Hersteller von Materialien und Vorprodukten entfallen auf die chemische Industrie. „Sie ist wichtigster Lieferant von neuen Materialien und Vorprodukten sowie von Ideen und Anwendungs-Know-how für viele andere



Dr. Andreas Kreimeyer forderte eine rasche Einführung der steuerlichen Forschungsförderung.

Industriebranche“, hob Kreimeyer hervor. Jedes fünfte Patent mit branchenübergreifender Bedeutung steuert die Chemie bei.

Über 60 Prozent der Unternehmen treiben kontinuierlich Innovationen voran. In keiner anderen Branche ist der Anteil der forschenden Unternehmen so hoch wie in der

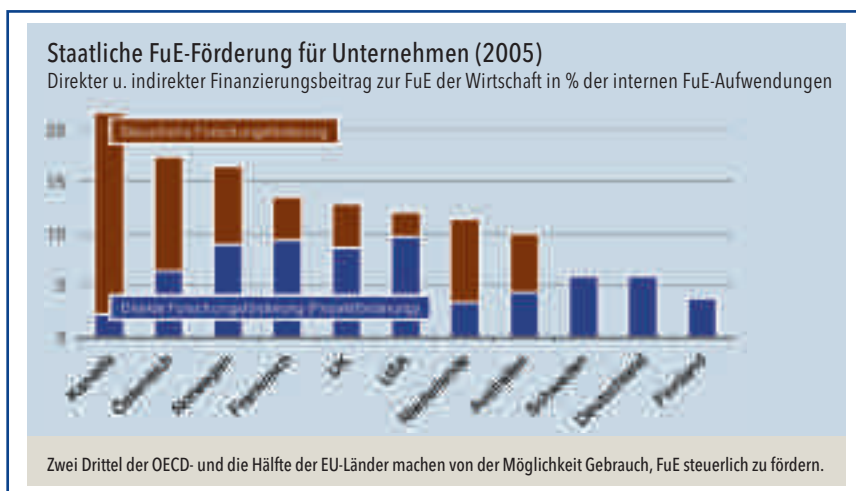
chemischen Industrie. Das überdurchschnittliche FuE-Engagement spiegelt sich auch in der Personalstruktur der Firmen. 9 von 100 Chemiebeschäftigten arbeiten in einem Forschungs- und Entwicklungslabor. Im Verarbeitenden Gewerbe sind es durchschnittlich 5 von 100 Beschäftigten.

F+E-PARTNERSCHAFT WIRD ENGER

„Die Zusammenarbeit der Branchen in der Produktentwicklung wird intensiver und enger, die Zahl der Innovationsallianzen nimmt zu“, so Kreimeyer. Kleine, mittelständische und große Unternehmen kooperieren erfolgreich miteinander. Auch die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Industrie wird wichtiger. Rund ein Drittel der Chemieunternehmen arbeitet bereits eng mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammen.

Da der internationale Wettbewerbsdruck auf den Innovationsstandort Deutschland vor allem aus Asien steige, müssten nach Ansicht Kreimeyers bessere Rahmenbedingungen und Anreize für Forschung und Entwicklung in Deutschland geschaffen werden. Er warb deshalb dafür, die steuerliche Forschungsförderung zügig einzuführen: „Ein solches Instrument honoriert die Innovationsanstrengungen der Industrie und bietet forschenden Unternehmen mehr Chancen für Innovationen.“ Zumal dieses Instrument in anderen Staaten kräftig genutzt werde. In Frankreich beispielsweise habe das gesamte Innovationssystem der Wirtschaft durch die neu eingeführte steuerliche FuE-Förderung starke Impulse erfahren und die Wachstumskräfte spürbar mobilisiert.

Monika von Zedlitz





Um Emissionen aus Industrieanlagen stärker zu reduzieren, fordert das EU-Parlament die Einführung von einheitlichen europäischen Mindestanforderungen.

EU-RICHTLINIE ÜBER INDUSTRIE-EMISSIONEN

Umweltbelastung verringern und vermeiden

Die Umweltminister der EU haben sich auf der Ratssitzung Ende Juni in Luxemburg zum Richtlinienvorschlag zu Industrie-Emissionen geeinigt. Der nächste Schritt im Gesetzgebungsverfahren: Diese politische Vereinbarung soll noch in diesem Jahr als gemeinsamer Standpunkt auf der Sitzung eines Ministerrates verabschiedet werden.

Die Richtlinie über Industrie-Emissionen zielt darauf ab, die Verschmutzung durch verschiedenste industrielle Anlagen innerhalb der EU zu verringern. Ungefähr 52.000 Industrieanlagen werden momentan von ihr erfasst. Betreiber von Anlagen, die in den Geltungsbereich der Richtlinie fallen, brauchen eine Anlagengenehmigung, die von den Behörden nur erteilt wird, wenn die beste verfügbare Technik (BAT) zum Einsatz kommt.

In der spanischen Ratspräsidentschaft, die mit dem Jahreswechsel beginnt und bis Ende Juni 2010 währt, will man in Brüssel die EU-Richtlinie in zweiter Lesung behandeln. Der VCI geht jedoch davon aus, dass bereits vor der formalen Verabschiedung des Gemeinsamen

Standpunkts informelle Gespräche („Trilog“) zwischen Parlament, Rat und Kommission aufgenommen werden.

Die „politische Vereinbarung“ sieht erhebliche Änderungen der bestehenden Richtlinie

Übergangsbestimmungen

Für Anlagen der chemischen Industrie (Anhang I Nrn. 4.1 bis 4.6) soll gelten, dass die Mitgliedsstaaten die geänderten Vorschriften erst drei Jahre nach Inkrafttreten anwenden. Für weitere Anlagen, unter anderem für die neu in Anhang I unter Ziffer 6.11 aufgenommenen „eigenständig betriebenen“ Kläranlagen, sollen die Vorschriften erst viereinhalb Jahre nach Inkrafttreten angewendet werden.

„zur integrierten Verringerung und Vermeidung von Umweltverschmutzung“ von 1996 in wesentlichen Punkten vor:

Das Verfahren zur Erstellung der Referenzdokumente (BREFs) zur besten verfügbaren Technik, die bisher den Stand der Technik lediglich beschrieben haben, wurde in wesentlichen Punkten erweitert. Insbesondere werden die sogenannten „BAT-Schlussfolgerungen“ einschließlich der „mit dem BAT assoziierten Emissionsbereiche“ („BAT AEL“) durch ein Komitologieverfahren formell verabschiedet und damit rechtlich verbindlich.

Die zuständige Behörde muss Emissionsgrenzwerte jetzt so setzen, dass die BAT AELs eingehalten werden. Falls davon abweichende Emissionsgrenzwerte vorgeschrieben werden, muss sie zeigen, dass die so gesetzten Emissionsgrenzwerte geeignet sind, den BAT AEL einzuhalten. „In besonderen Fällen“ kann die Behörde aber unter bestimmten Bedingungen von diesen BAT AELs abweichen, also weniger

Zentrale Begriffe in der neugefassten IVU-Richtlinie der EU

- „Beste verfügbare Techniken“ (BAT): Im deutschen Sprachgebrauch auch – unzutreffend – „Stand der Technik“. „Effizientester und fortschrittlichster Entwicklungsstand“ bei Tätigkeiten und Betriebsmethoden, der „unter Berücksichtigung des Kosten/Nutzenverhältnisses“ im jeweiligen industriellen Sektor wirtschaftlich und technisch „verfügbar“ ist. Wenn eine solche Technik nicht in diesem

Sinne „verfügbar“ ist, kann sie auch nicht als Grundlage für einen Emissionsgrenzwert im Bescheid dienen.

- „BAT-Referenzdokument“ (BREF): Beschreibung der BATs. Wird in technischen Arbeitsgruppen von nationalen Behörden, Industrie- und Umweltverbänden unter Koordinierung der EU-Kommission erarbeitet. „BAT-Schlussfolgerungen“: Das Kapitel eines BREFs, das

auf Basis der Beschreibungen der ersten Kapitel konkrete Aussagen zu den Techniken macht, die als „beste verfügbare Techniken“ anzusehen sind.

- „Mit BAT assoziierte Emissionswerte“ (BAT AELs): Teil der BAT-Schlussfolgerungen. Ein Bereich von Emissionswerten, der bei Verwendung von BAT in bestehenden Anlagen unter normalen Betriebsbedingungen erreicht wird.

strenge Grenzwerte setzen. Dieser Punkt war in den Verhandlungen der Ratsarbeitsgruppe Umwelt erheblich umstritten.

Die Genehmigung muss jetzt auch Anforderungen für die regelmäßige Überwachung von Grundwasser und Bodenverschmutzungen auf dem Gelände der Anlage enthalten. Hinzu kommt die Verpflichtung, einen „Bericht über den Ausgangszustand“ von Boden und Grundwasser, unter anderem vor Inbetriebnahme der Anlage, zu erstellen.

Wenn sich die BAT-Referenzdokumente ändern, sind die Genehmigungen innerhalb von fünf Jahren nach Veröffentlichung der entsprechenden Kommissionsentscheidungen zu überprüfen, ggf. anzupassen und von den betroffenen Anlagen einzuhalten.

Die Mitgliedsstaaten haben – wie bisher – die Möglichkeit, Auflagen für bestimmte Anlagentypen in Form von „Allgemeinen verbindlichen Vorschriften“ zu erlassen, die jedoch ein ähnliches Schutzniveau wie individuelle Genehmigungen gewährleisten müssen. Die Existenz von nationalen Regelungen, in Deutschland zum Beispiel die TA Luft, die Verordnungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes oder die Anhänge zur Abwasserverordnung, ermöglichen es den deutschen Genehmigungsbehörden also, ohne Einsichtnahme in den BREF nur auf Basis dieser Regelungen zu entscheiden.

Das neue Verfahren zur Erarbeitung von BREFs sowie zur Grenzwertsetzung ist für die deutsche chemische Industrie akzeptabel. Eine

größere Verbindlichkeit der BREFs ist damit gewährleistet. Einheitliche europäische Mindestanforderungen – wie vom Europaparlament gefordert – könnten leicht in dieses Verfahren eingearbeitet werden. Aus Sicht des VCI sind die Möglichkeiten für Ausnahmen vom BREF allerdings immer noch relativ weit gefasst und können gegebenenfalls zum Fortbestehen von Wettbewerbsverzerrungen beitragen.

ANPASSUNG AN DEUTSCHES RECHT

Etliche Regelungen, wie etwa das Monitoring von Boden und Grundwasser, könnten durch Umsetzung in Form von „allgemeinen verbindlichen Regeln“ mit dem deutschen Recht kompatibler gestaltet werden. Zum Beispiel könnte die Erfüllung von Anforderungen nach den relevanten Verwaltungsvorschriften der Länder zum Vollzug der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ausreichen, ein Bodenmonitoring zu vermeiden. Unter der Voraussetzung, dass die Umsetzung der künftigen Richtlinie in deutsches Recht so erfolgen kann, könnten sich die Auswirkungen der neuen Regelungen auf die deutsche Chemie in Grenzen halten.

Von besonderer Wichtigkeit wird sein, wie künftig die BAT-Referenzdokumente erarbeitet werden. Falls BAT AELs mit wesentlich strengeren Anforderungen als im deutschen Recht verabschiedet werden sollten, würde ein erheblicher Anpassungsbedarf im deutschen Recht entstehen. Dies lässt sich heute aber noch nicht absehen.

Dr. Arno Rothert (rothert@vci.de)

Entwicklung der Emission von Luftschadstoffen in der deutschen Chemie

in 1.000 Tonnen, Quelle: Responsible-Care-Bericht 2008 des VCI



Die Emission von SO₂ und flüchtigen organischen Stoffen in der deutschen Chemie hat in den letzten beiden Jahrzehnten nochmals stark abgenommen und bewegt sich heute auf einem sehr niedrigen Niveau.

BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTERIUM UND VCI PRÄSENTIERTEN STUDIE:

Weniger Bürokratie ist machbar und spart Geld

Mit 40 Millionen Euro jährlich werden die deutschen Chemieunternehmen allein durch Informationspflichten infolge des Umweltrechts belastet. Das ist das Ergebnis der Studie „Bürokratie- und Regulierungskosten in der chemischen Industrie“, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) sowie der VCI im September in Berlin vorstellten.

Das Ausfüllen von Formularen und das Erheben von Daten kostet die deutsche Wirtschaft jährlich rund 50 Milliarden Euro. Das sind zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Der VCI und seine Mitgliedsunternehmen unterstützen deshalb das Programm der Bundesregierung „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“, das erste Erfolge zeigt.

Ob und wie stark die Chemie davon profitieren kann, hängt allerdings entscheidend davon ab, welche Berichtspflichten vereinfacht werden. Es genüge nicht, nur die gesamtwirtschaftliche Entlastung im Blick zu haben. Auch die Belastung einzelner Branchen durch einen wuchernden Dschungel aus Vorschriften müssten gesenkt werden, betonte VCI-Hauptgeschäftsführer Dr. Utz Tillmann. Deshalb habe

Chemie drücken hohe Regulierungskosten

Mit der Studie „Bürokratie- und Regulierungskosten in der chemischen Industrie“ wollte der VCI genauer ermitteln, wie teuer die Branche chemietypische Informationspflichten zu stehen kommen. Der VCI hatte damit Professor Dr. Günther G. Schulze von der Universität Freiburg beauftragt. Er errechnete mit Hilfe des Standardkosten-Modells (SKM) die Kosten für chemietypische Informationspflichten aus dem Umweltrecht. Das verwendete SKM erfasst allerdings weder europäische Verordnungen noch Gesetze, die jünger als zwei Jahre sind. Damit sind beispielsweise die Kosten der Informationspflichten nicht berücksichtigt, die die Umsetzung der europäischen Chemikalienverordnung REACH in den Unternehmen verursacht. Diese Kosten liegen in den kommenden zehn Jahren nach vorsichtigen Schätzungen bei durchschnittlich 100 Millionen Euro.

der Verband auch die Studie in Auftrag gegeben. So gebe es beispielsweise zahlreiche Informationspflichten aus dem Umweltrecht, von denen nur die Chemie-Industrie betroffen sei. Zu den teuersten Informationspflichten gehören laut Studie das Bundesimmissionsschutzgesetz mit 21 Millionen Euro, das Wasserrecht mit 9 Millionen Euro, das Abfallrecht mit 2,6 Millionen Euro und der Emissionshandel mit 2 Millionen Euro jährlich.

Die Studie macht deutlich, dass die reinen Informationspflichten nur ein sehr kleiner Teil der Bürokratiekosten sind. Die ge-

samten Folgekosten von Gesetzen liegen für die Firmen erheblich höher. Deshalb forderte Tillmann: „Die gesamten Folgekosten von Gesetzen und Vorschriften sollten um 25 Prozent abgebaut werden. Nur so wird die deutsche Wirtschaft spürbar entlastet und das Industrieland Deutschland fit für die Zukunft gemacht.“ Dabei gehe es nicht darum, Standards zu senken, sondern die Gesetze effizienter zu gestalten und den Unternehmen notwendige Freiräume zu lassen. Tillmann plädierte dafür, dass der Normenkontrollrat künftig bei neuen Gesetzen nicht nur die Kosten der Informationspflichten abschätzt, sondern alle Bürokratiekosten prüft.

BMWi BEGRÜSST INITIATIVE DER CHEMIE

Das Bundeswirtschaftsministerium begrüßte die Initiative der Chemie. Eine branchenspezifische Untersuchung biete die Möglichkeit zu prüfen, welche Entlastungen bei der Wirtschaft spürbar ankämen. Den Vorschlag einer künftig stärkeren Verknüpfung der Gesetzesfolgenabschätzung mit der Schätzung der Informationspflichten durch den Nationalen Normenkontrollrat befürwortete das Ministerium.

Monika von Zedlitz

Leserservice: Die Bürokratiekostenstudie (PDF) senden wir Ihnen gerne per E-Mail zu.



Der Hauptgeschäftsführer des VCI machte im Bundeswirtschaftsministerium klar, dass die Belastung für die Branche gesenkt werden muss.

Gemeinsam Chancen schaffen

Seit 30 Jahren bilden fünf Chemieunternehmen in der Pfalz gemeinsam junge Menschen zum Chemikanten aus. Als Pilotprojekt mittelständischer Unternehmen gestartet, hat sich die Initiative erfolgreich in der Region etabliert – rund 300 Chemikanten wurden bislang ausgebildet. „Mittlere und kleine Unternehmen können meist keine Chemikanten ausbilden, da sie nicht alle Ausbildungsinhalte voll abdecken können“, so Maximilian Kern, Geschäftsführer im Arbeitgeberverband Chemie Rheinland-Pfalz. Durch den Ausbildungsverbund ergänzen sich die Betriebe. „Was einer alleine nicht schafft, ist gemeinsam möglich“, unterstreicht Kern. Ein weiteres Plus: die Ausbildung in den verschiedenen Firmen verschafft den angehenden Chemikanten einen guten Einblick in verschiedene Produktionen. Im September hat die Ausbildung im Verbund für weitere zwölf Azubis begonnen.



Fachkräfte auszubilden, ist für die Branche wichtig.

Mitgliederversammlung des LV-Nord auf der Ideen-Expo

Auf der IdeenExpo in Hannover wurden die Besucher auch musikalisch in den Bann der Chemie gezogen. Dafür sorgte die Gruppe „Azubeatz“, die spontan von 13 Auszubildenden der Continental AG, der Solvay GmbH und der Hüttenes Albertus GmbH gegründet wurde. Sie stellten in einem Rapsong typische Ausbildungsberufe der Branche vor. Wie gut das ankam, davon konnten sich am 10. September die Teilnehmer der Mitgliederversammlung des VCI Nord bei einem Rundgang über das Messegelände überzeugen. Im Vortragsprogramm beleuchtete die Bielefelder Professorin Gisela Lück die naturwissenschaftliche Bildung im frühen Kindesalter und betonte dabei deutlich: „Auf den Anfang kommt es an.“

Im Rahmen der Mitgliederversammlung vergab der VCI Nord auch in diesem Jahr seinen Responsible Care Preis, mit dem der Verband Chemieunternehmen aus Norddeutschland für ein besonderes Engagement im Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz auszeichnet. Preisträger sind in diesem Jahr die Worlée-Chemie GmbH in Lauenburg, die Kronos Titan GmbH in Nordenham sowie die Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH in Stade. Alle drei Unternehmen wurden für innovative Projekte im Bereich Ressourcenschonung ausgezeichnet.



Azubeatz: Rapsong über typische Ausbildungsberufe der Branche

Vorsitzender des VCI Nord bleibt weiterhin Dr. Roland Stegmüller von der Bayer MaterialScience AG in Brunsbüttel. Er appellierte in seinem Bericht an die Politik, die Qualität der Bildung zu verbessern. Besonders mit Blick auf die demografische Entwicklung müssten alle geplanten Qualifizierungs-offensiven sicherstellen, dass ein solides Bildungsniveau in der gesamten Bevölkerung erreicht werde. Dabei müsse außerdem dafür Sorge getragen werden, dass nicht nur Biologie, sondern auch Physik und Chemie flächendeckend an allen Schulen angeboten werden. „Sind diese Fächer erst ins Hintertreffen geraten, können wir junge Menschen nicht mehr für eine Ausbildung oder ein Studium in diesem Bereich begeistern.“

Gemeinschaftsstand der bayerischen Chemie: Bewährtes Forum für politischen Dialog

Er befand sich – unübersehbar – im Zentrum der Wirtschaftsausstellung anlässlich des CSU-Parteitages Mitte Juli in Nürnberg: der Gemeinschaftsstand der bayerischen Chemie. In neuem Gewand bot er den beteiligten Firmen und Fachverbänden wieder ein Forum für Gespräche mit CSU-Mandatsträgern und der politischen Prominenz. So begrüßten die Vertreter des VCI Bayern, des BPI und des VdL am Stand unter anderem Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, zahlreiche Vertreter der bayerischen Staatsregierung, Kommunalpolitiker der Chemiestandorte, den CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer, den Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion Georg Schmid und den Vorsitzenden der Deutschen Gruppe der CDU/CSU im Europäischen Parlament, Dr. Werner Langen.



Prominente Politiker im Gespräch mit der Chemie.

Telefaxformular Kopiervorlage

Vertiefende Informationen zu Berichten in diesem Newsletter sowie Broschüren zu wichtigen Themen der Branche stellt der chemie report seinen Lesern kostenlos zur Verfügung. Sie können die Publikationen mit diesem Formular per Fax oder auch per E-Mail beim Leserservice anfordern.

Verband der Chemischen Industrie e.V.
Leserservice chemie report 9/2009

E-Mail: chemiereport@vci.de
Telefax: 069 25 56-16 13

Bitte senden Sie die Unterlagen an folgende Anschrift:

Name
Firma
Abteilung
Straße
PLZ/Ort
E-Mail

Ich bestelle folgendes Informationsmaterial:
(mit Ausnahme von Broschüren nur per E-Mail erhältlich):

- Studie des Weltchemieverbandes ICCA zu Chemieprodukten und Klimaschutz: „Innovations for Greenhouse Gas Reductions – A life cycle quantification of carbon abatement solutions enabled by the chemical industry“
- Deutsche Zusammenfassung der Studie des Weltchemieverbandes ICCA zu Chemieprodukten und Klimaschutz
- Bericht des VCI zur wirtschaftlichen Lage der chemischen Industrie im zweiten Quartal 2009
- VCI-Positionspapier zur Zulassung
- VCI-Studie zu Bürokratie- und Regulierungskosten in der chemischen Industrie – Potenziale zu ihrer Reduktion

VERANSTALTUNGEN DES VCI

Datum	Ereignis	Ort
05.10.2009	Jahrespressekonferenz* der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie	Frankfurt
06.10.2009	Infoveranstaltung des VCI Aktuelle Fragen zum Zoll beim Import von Waren nach Russland	Frankfurt
09.11.2009	Infoveranstaltung des VCI zur 5. Novelle der Verpackungsverordnung	Frankfurt
09.11.2009	Pressekonferenz des VCI* zum Energieforschungskonzept der Chemieorganisationen	Frankfurt
08.12.2009	Wirtschaftspressekonferenz* des VCI, Jahresbilanz 2009	Frankfurt
03.03.2010	Presseabend des VCI* im Frankfurter PresseClub	
08.03.2010	Infoveranstaltung des VCI zu REACH und GHS	Frankfurt

* Hinweis: Teilnahme nur auf persönliche Einladung!

POLITISCHE TOP-THEMEN IM VCI*

- EU-Emissionshandel
- Steuerliche Sofortmaßnahmen in der Krise
- Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung
- Initiative „Industrieland Deutschland stärken“

* Die Liste enthält diejenigen Themen, die das Präsidium des VCI aus den von den Ausschüssen priorisierten Themen zurzeit als wichtigste identifiziert hat. Sie stehen im Jahr 2009 im Vordergrund der politischen und kommunikativen Arbeit des Verbandes.

TERMINE DER VCI-LANDES- UND -FACHVERBÄNDE

Datum	Ereignis	Ort
11.-12.05.2010	Mitgliederversammlung des Verbandes der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie	Bad Dürkheim

IMPRESSUM chemie report

Herausgeber
Verband der Chemischen Industrie e.V.
Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt
Telefon: 069 2556-0
Fax: 069 2556-1471
E-Mail: vci@vci.de
ISSN: 1436-1736

Verantwortlich
Dr. Martina Ludwig

Redaktion
Manfred Ritz (Leitung)
Monika von Zedlitz
Sebastian Kreth

Leserservice
E-Mail: chemiereport@vci.de
Telefon: 069 2556-1496
Telefax: 069 2556-1613

Druck
Schotte GmbH & Co. KG, Krefeld

Auflage
6.450 Exemplare

Nachdruck
von Beiträgen nur mit schriftlichem
Einverständnis der Redaktion

Layout
Manfred Ritz

Bildnachweis
Fotos:
Industrieverband Polyurethan-Hartschaum (1),
Deutsche Energieagentur (2),
Bayer MaterialScience (3 Mitte), Henkel (3 oben),
Currenta (4 rechts), Zurich (4 links),
Hans F. Daniel (6), M. Ritz (7 Collage),
Unbekannt (8), K. Falk (10), BASF (11 Mitte)

Grafiken: Manfred Ritz